

RESOLUTION

STOPP ABBAU – KEIN SPAREN ZU LASTEN DES SERVICE PUBLIC UND DER BEVÖLKERUNG IM KANTON BERN

Mit dem *Entlastungspaket 2018* legt der Regierungsrat erneut ein Sparpaket vor, das für die Gewerkschaften im Kanton Bern inakzeptabel ist.

Mit 60% tragen der Gesundheits- und Bildungsbereich den grössten Anteil an diesem Paket. Viele der Sparmassnahmen bedeutet bloss eine Verlagerung von der einen Kasse in eine andere. Bumerang-Aktionen also, die viel Leid verursachen und keinen Rappen sparen. Konkret wird in der Langzeitpflege, im Gesundheitsbereich und in der Bildung gespart. Menschen über 65 beispielsweise, die auf Leistungen der Spitex angewiesen sind, um Zuhause wohnen zu können, werden mehr aus der eigenen Tasche an diese Leistungen bezahlen müssen. Wer das nicht kann, muss in ein Heim. In den Heimen müssen Stellen gestrichen werden. Der tägliche begleitete Spaziergang beispielsweise kann nicht mehr finanziert werden – vielleicht reicht's noch für einmal pro Woche. Wollen die Institutionen nicht bei den Dienstleistungen für ihre BewohnerInnen sparen, so bleiben nur die Personalkosten übrig. Das heisst, die Arbeitsbedingungen in Bereichen, die bereits heute teilweise prekär sind, geraten zusätzlich unter Druck.

Und einmal mehr soll bei Grundbildung und Berufsbildung gespart werden – inakzeptabel für die Gewerkschaften. Die Sparmassnahmen in den Berufsschulen, der Verzicht auf die Erhöhung der Stipendien und die Geldverknappung der Universität gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Berufsleute im Kanton.

So nicht – ça suffit! Die Gewerkschaften lehnen diese Sparmassnahmen ab – deren Ursache grösstenteils durch Steuergesetzänderung mit der Senkung der Unternehmenssteuern zu suchen ist. Trotz grosser Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III durch die Stimmbevölkerung – der Kanton Bern lehnte mit 68,4% ab - die schweizweit höchste Ablehnung – will der Regierungsrat die Unternehmenssteuern gestaffelt senken. Die Folge: Mindererträge von jährlich 103 Millionen Franken ab 2020.

Die Gewerkschaften sagen deutlich NEIN zu diesem Abbau zu Lasten der Dienstleistungen für die Bevölkerung im Kanton. Auch, weil die Frauen einmal mehr vorwiegend die Leittragenden dieser unsinnigen Sparerei sein werden: Als Mitarbeitende in den betroffenen Institutionen der Langzeitpflege, als Angehörige welche die Pflege von betagten Eltern oder kranken Familienmitgliedern übernehmen müssen.

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern fordert die GrossrätInnen auf, dieser verheerenden Finanzpolitik ein Ende zu setzen: Verzicht auf die Senkung der Unternehmenssteuern – Verzicht auf die Massnahmen im Gesundheits- Sozial- und Bildungsbereich des Abbaupakets.

Béatrice Stucki / VPOD

Thun, 4. November 2017